

2. Interpellation von Brigitta Hartmann vom 7. Mai 2014 "Klimaschutz: Bemühungen im Kanton Thurgau" (12/IN 23/264)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin hat das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist.

Hartmann, GP: Die in meiner Interpellation gestellten Fragen stellten sich nach der Kenntnisnahme eines Sachberichtes des Weltklimarates. Der Regierungsrat zeigt in der Beantwortung meiner Interpellation, dass er die Situation ernst nimmt und die Zusammenhänge zwischen Extremwetterereignis und Klimawandel längst erkannt hat. Grundsätzlich bin ich mit der Beantwortung meiner gestellten Fragen sehr zufrieden. Besonders bezüglich der Energiepolitik, speziell bezüglich der Förderung erneuerbarer Energien, ist der Kanton Thurgau sehr gut positioniert. Der Regierungsrat zitiert unter anderem auch aus dem Grundlagenbericht "Anpassung an die Klimaänderung im Kanton Thurgau" des Departements für Bau und Umwelt (DBU) vom April 2012. In diesem Bericht wird uns deutlich vor Augen geführt, wo sich welche Probleme stellen. Viele meiner Fragen sind in diesem Bericht beantwortet. Der Klimaschutz betrifft uns alle und ich interessiere mich für die diesbezügliche Grosswetterlage im Grossen Rat. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Hartmann, GP: Ich danke für den Entschluss zur Diskussion. Der Klimawandel und seine Folgen sind sehr häufig Thema in den Medien. Keineswegs stellen diese Probleme jedoch ein beliebtes Thema dar. Auf dem Sorgenbarometer der Schweizerinnen und Schweizer figuriert das Thema nicht einmal mehr unter den ersten zehn Rängen, obwohl sich Orkane, Hochwasser, Hangrutsche, Bergstürze und Schlammlawinen häufen. Anfangs des Monats April dieses Jahres fegte das Sturmtief Niklas über die Schweiz und richtete erhebliche Schäden an. Die Niederschläge der letzten Tage haben im Westen unseres Landes ebenfalls erhebliche Schäden verursacht. Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist ein wissenschaftliches Gremium und gleichzeitig zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaveränderungen. Dem IPCC gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt an, genauso wie Regierungen von Staaten, die Mitglied der Vereinten Nationen (UN) oder der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) sind. Zurzeit sind 195 Länder Mitglied des IPCC. Im Jahr 2007 erhielt

der IPCC gemeinsam mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen, den Klimawandel ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Die Schweiz ist ebenfalls Mitglied des IPCC und als logische Folge lässt unser Staat die Ergebnisse der Sachstandberichte in die nationale Klimapolitik einfließen. Die Lektüre von Auszügen aus dem Teilbericht hat die in der Interpellation gestellten Fragen aufgeworfen. Der Bericht umfasst alle Aspekte der Auswirkungen des Klimawandels. Ich zitiere aus dem jüngsten Sachbericht: "Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig, und viele dieser seit den 1950er Jahren beobachteten Veränderungen sind seit Jahrzehnten bis Jahrtausenden nie aufgetreten. Die Atmosphäre und der Ozean haben sich erwärmt, die Schnee- und Eismengen sind zurückgegangen, der Meeresspiegel ist angestiegen und die Konzentrationen der Treibhausgase haben zugenommen." Der Regierungsrat zeigt in der Beantwortung meiner Fragen auf, dass er die Situation sehr ernst nimmt. Ich wiederhole, dass ich mit der Beantwortung grundsätzlich sehr zufrieden bin. Im vom Regierungsrat erwähnten Grundlagenbericht "Anpassungen an die Klimaänderung im Kanton Thurgau" stehen folgende zentrale Themen im Fokus: Die zunehmende Sommertrockenheit, das steigende Hochwasserrisiko, die Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität, die Veränderung von Lebensräumen, Artenzusammensetzung und Landschaft sowie die Ausbreitung von Schadorganismen, Krankheiten und gebietsfremden Arten. Der GP fehlt in dieser Aufzählung die Thematisierung von Auswirkungen des Schadstoffausstosses im Zusammenhang mit dem Individualverkehr. Auch in der Landwirtschaft stellt der Regierungsrat Handlungsbedarf fest. Schadorganismen, Krankheiten und Unkräuter sowie gebietsfremde Arten breiten sich aus und haben teilweise verheerende Folgen für die Landwirtschaft. Mir war bislang nur die im letzten Jahr durch ihre verursachten Schäden prominent gewordene Kirschessigfliege bekannt. Jedoch wären im selben Atemzug auch das Erdmandelgras, die Walnussfruchtfliege, die Kastaniengallwespe, der Japankäfer oder die Sonnenblumenfruchtfliege zu nennen. Der Regierungsrat spricht in diesem Zusammenhang von Bekämpfungsstrategien. Daneben sollten wir jedoch mit unserem Verhalten auch vorsorgen. Dies würde jedoch nach sich ziehen, dass unser Konsumverhalten, unsere Reisetätigkeit oder unsere Siedlungspolitik überdacht und angepasst werden müssten. Die genaue Betrachtung des gesamten IPCC-Berichtes würde in diesem Rahmen wohl zu weit reichen. Vielmehr geht es darum, einzelne Aspekte zu diskutieren, welche uns betreffen und auf welche wir Einfluss nehmen können. Ich zitiere aus dem Schlussabschnitt des Grundlagenberichtes des DBU: "Grosse Bedeutung kommt schliesslich der Information und Kommunikation zu. Da die Klimaänderung die verschiedensten Sektoren, Lebensbereiche und Akteure betrifft und die Unsicherheiten gross sind, ist eine verständliche und transparente Kommunikation äusserst wichtig. Wer kommunizieren soll und in welcher Form Kommunikation und Information erfolgen sollen (...), ist weiter zu klären." Die Forderung nach zusätzlichen Berichten ist nicht mein Ziel. Bei den Recherchen bezüglich dieser Interpellation bin ich jedoch auf verschiedene Berichte, Studien und Erhebungen im Zusammenhang mit Was-

sernutzung, Biodiversität oder Landwirtschaft gestossen, welche der Kanton Thurgau bereits erstellen liess. Unter dem Titel "Information und Kommunikation" könnte vermehrt auf diese Berichte, Studien und Erhebungen aufmerksam gemacht werden. Grundsätzlich nehmen Bund, Kantone und Gemeinden die Zusammenhänge zwischen Extremwetterereignissen und dem Klimawandel längst ernst. Das Klima für die nächsten beiden Generationen ist bereits gemacht. Wenn wir mit unserem Verhalten, sei es im Konsum, im Landschaftsschutz oder im Rahmen der Energiewende, der Klimaerwärmung entgegenwirken können, kommt dies erst der Generation zugute, welche in 50 Jahren geboren wird. Dabei handelt es sich nicht um Verschwörungstheorien und auch nicht um einen Propagandatricks, wie gemäss der heutigen Ausgabe der Thurgauer Zeitung in einem Artikel der Weltwoche behauptet wurde. Wozu sollte ein derartiger Propagandatricks dienen? Ich kann diesen Begriff nicht erklären, denn der Klimawandel lässt sich wissenschaftlich belegen. Lassen Sie uns auch weiterhin mit unserem Handeln beweisen, dass uns auch die Welt nach unserer Zeit viel wert ist.

Daniel Eugster, FDP: Der Klimaschutz stellt eine globale Herausforderung dar, welche regional nur mikroskopisch zu beeinflussen ist. Nicht nur der Kanton Thurgau, sondern auch die einzelnen Nationalstaaten stossen relativ rasch an ihre Grenzen. Trotzdem soll und darf dies kein Freipass für eingeschränktes Handeln sein. Wie so oft im Leben, geschehen auch diesbezüglich viele Dinge auf der individuellen Handlungsebene. Ohne engagierte Kantone kann eine Umsetzung der nationalen Energiestrategie nicht gelingen. Der Kanton Thurgau nimmt einmal mehr eine Vorreiterrolle ein und führt das nationale Ranking der kantonalen Energiepolitik an. Beunruhigend ist meines Erachtens die Situation der ungesicherten Datenlage, welche gemäss Beantwortung des Regierungsrates keine finanziellen Auswirkungen abschätzen lässt. Trotz dieser grossen Unsicherheit wird auf Bundesebene künftig über 10 Millionen Franken pro Jahr für Anpassungsmassnahmen ausgegeben. Es lässt sich folglich nicht beurteilen, in welchem Verhältnis die Aufwendungen zur Situation stehen und ob, geschweige denn wie Prioritäten bei diesen Ausgaben zu setzen sind. Dementsprechend weiss man nicht, welche Tropfengrösse den wie heissen Stein abkühlt, respektive seine Erwärmung verhindern oder vermindern kann. Wesentlicher Ansatz im Klimaschutz ist die Schaffung von richtigen Anreizen. Der Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem soll vorangetrieben werden. Wichtig ist, dass der Handlungsspielraum für die Unternehmungen erhalten bleibt und Freiraum auf allen Ebenen gewährleistet werden kann. Die Schweiz und insbesondere der Thurgau sollen wettbewerbsfähig bleiben. Lenkungssysteme müssen einfach zu verstehen, einfach umsetzbar und flexibel sein. Das Unternehmertum benötigt Platz, auch in der Klimaschutz- und Energiepolitik. Wir stehen im Wettbewerb und laufen Gefahr, die Flexibilität, welche ein wichtiger Standortvorteil darstellt, durch immer mehr Auflagen und Vorschriften zu verspielen. Die Energiewende soll mit Offenheit und Innovation unsere Wirtschaft beleben. Einschränkungen und regulatorische Auflagen stellen nicht den Königs-

weg dar, vielmehr sind nachhaltige Effizienzsteigerung und Platz für Innovationen gefragt. Als Gebäudetechniker durfte ich in den letzten 25 Jahre eine spannende Entwicklung direkt und aus nächster Nähe miterleben. Neue Gebäude werden heute sehr energieeffizient gebaut, beheizt und betrieben. Die Nutzung von Solarwärme ist heute standardisiert, der Einsatz von Wärmepumpen ist wirtschaftlich und genauso wie die Nutzung von fossilen Brennstoffen massiv effizienter. Der Schweizer Gebäudepark beansprucht noch immer rund 50 % des Energieverbrauchs und ist für 40 % des Ausstosses von Kohlendioxid (CO₂) verantwortlich. Ein grosses Potenzial in der Reduktion des CO₂-Ausstosses befindet sich in der Gebäudehülle. Von den rund 1,2 Millionen vor 1985 erstellten Gebäude wurden über 50 % in den letzten 30 Jahren nicht renoviert. Eine Ablösung von Förder- zu Lenkungsmaßnahmen steuert die Sanierung nicht mit Subventionen, sondern mit langfristigen, nachhaltigen Einsparungen. Dieses effiziente, energiebewusste und wirtschaftliche Denken ist langfristig zu fördern. Die FDP-Fraktion findet, dass die kantonale und nationale Energiepolitik die Gesamtsicht wahren muss. Die Energiepolitik ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik, für welche umweltpolitische Ziele mit Klimaschutz verpflichtend sind. Für den Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen ist die Energiepolitik von heute entscheidend. Lassen Sie uns auf mehr Effizienz und weniger Umweltbürokratie setzen.

Kaufmann, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Bereits im April 2012 wurde ein wegweisender Grundlagenbericht mit dem Titel "Anpassung an die Klimaänderung im Thurgau" verfasst, welcher auch der Beantwortung dieser Interpellation zugrunde liegt. Der Thurgau hat seine Hausaufgaben gemacht und ist auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet. Von der Klimaveränderung in Form von Wasserknappheit am direktesten betroffen ist die Land- und Ernährungswirtschaft. Anbauverfahren mit geringerem Wasserbedarf werden bereits jetzt geprüft und Pilotprojekte mit Partnern aus der Landwirtschaft sind lanciert. Der Thurgau setzt aber nicht nur auf die Anpassung an das gegenwärtige oder zu erwartende Klima, sondern ergreift auch Massnahmen zur Abschwächung des Klimawandels. Mit seinem umfassenden Förderprogramm für erneuerbare Energie und Energieeffizienz hat der Thurgau, aufgrund des unermüdlichen Einsatzes meines Parteikollegen, Kantonsrat Gemperle, Pionierarbeit geleistet, welche auch schweizweit Beachtung findet. Dadurch können jährlich grosse Mengen an klimaschädigendem CO₂ reduziert werden. Im Jahr 2012 wurde durch das kantonale Förderprogramm die Menge an CO₂ pro Person um 460 kg gesenkt. Kein anderer Kanton erzeugte mit seinem Förderprogramm eine derart hohe Wirkung. In der Beantwortung des Regierungsrates wird auf das Projekt "Gülle-Applikationstechnik" hingewiesen. Ziel dieses Projektes ist es, die Ammoniak-Emissionen zu senken. Leider ist dieses Projekt ins Stocken geraten. Seitens des Regierungsrates ist dringender Handlungsbedarf angezeigt. Kantonsrat Tanner hat diesbezüglich bereits eine Interpellation eingereicht. Insgesamt ist der Kanton Thurgau im Bereich

Klimaschutz gut unterwegs. Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen. Die weitere Entwicklung muss im Auge behalten werden. Insbesondere ist auch der Regierungsrat gefordert. Seine diesbezüglichen Regierungsziele sind weiterzuentwickeln und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Ämtern müssen konsequent auf diese Ziele eingestimmt werden.

Haller, EDU/EVP: Die EDU/EVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und fundierte Beantwortung der Interpellation sowie für die bereits umgesetzten Bemühungen und getroffenen Massnahmen. Zur Energieeffizienz äussere ich mich nicht. Diesbezügliche Bestrebungen sind wichtig und gut. Unseres Erachtens gehen die kantonalen Gremien verantwortungsbewusst und umsichtig mit dem Thema um. Ganz wichtig ist die Erkenntnis, dass der Klimaschutz ein Thema darstellt, das nicht Halt macht an den Kantons- und Landesgrenzen. Deshalb sind Vernetzungen über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus von grosser Bedeutung. Gerne hätte die EDU/EVP-Fraktion erfahren, was geplant ist oder geplant werden muss, um bei Extremereignissen gut gewappnet zu sein. Einige diesbezügliche Projekte sind aktuell noch hängig. In der heutigen Ausgabe der Thurgauer Zeitung ist zu lesen, dass in Horn mit einer Verbesserungsmassnahme für einen Bach noch nicht begonnen werden konnte aufgrund einer Einsprache des Heimatschutzes. Es ist demnach ganz wichtig, kontinuierlich am Ball zu bleiben. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist effektiv auch machbar und realisierbar. Es bleibt folgende Frage übrig: Wie gestaltet sich unser Beitrag zum Klimaschutz? Diese Frage müssen sich alle stellen, damit wir die Verantwortung für unser Handeln tragen können, wenn wir die Welt der nachfolgenden Generation übergeben.

Helpfenberger, BDP: Der Klimawandel betrifft uns alle und reicht über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Werbungen geben uns das Gefühl, dass wir kaum noch Strom verbrauchen. Der neue Kühlschrank benötigt nur noch ganz wenig Strom, die Glühbirnen wurden durch LED-Lampen ersetzt und die Waschmaschine und der Geschirrspüler erledigen ihre Arbeit sowieso in der Nacht. Dabei geht leicht vergessen, dass der Strom damit nicht gespart, sondern nur in billigerer Form verwendet wird. Der Regierungsrat hat die Beantwortung der Interpellation abgestützt auf die Berichte des Weltklimarates und auf die Erkenntnisse des Grundlagenberichtes "Anpassungen an die Klimaveränderung im Kanton Thurgau" vom 30. April 2012. Der Regierungsrat nimmt die Situation bezüglich der Klimaveränderung sehr ernst und zeigt Handlungsbedarf auf. Ein wichtiger Punkt, bezüglich welchem Handlungsbedarf besteht, wird in der Wasserwirtschaft erkannt. Aufgrund des Klimawandels können örtlich und zeitlich begrenzte Engpässe im Wasserangebot auftreten. Deshalb hat der Kanton Thurgau ein Pilotprojekt mit dem Titel "Entwicklung von Instrumenten zur Früherkennung und von Lösungsansätzen für die Thurgauer Land- und Ernährungswirtschaft beim Umgang mit Wasserknappheit" in Auftrag gegeben. Dieses Projekt dauert noch bis ins Jahr 2016. Der Klimawandel stellt auch

die Landwirtschaft vor grosse Herausforderungen. Die Krankheitsanfälligkeit steigt, Insekten können sich besser und schneller vermehren und wärmeliebende Unkräuter werden heimisch. Dem Schutz vor Bodenerosion trägt der Bund Rechnung, indem er finanzielle Anreize für pfluglose Bodenbearbeitung schafft. Bezüglich der Energiepolitik beansprucht der Thurgau schweizweit eine führende Rolle für sich. Kein anderer Kanton verfügt über ein Förderprogramm zur verstärkten Förderung der Produktion erneuerbarer Energien. Ebenfalls keine Selbstverständlichkeit ist die Tatsache, dass sich der Kanton bezüglich kantonseigenen Bauten am Minergie-Standard orientiert. Die BDP-Fraktion stellt befriedigt fest, dass der Kanton den Klimawandel ernst nimmt und hofft, dass rechtzeitig geeignete Gegenmassnahmen getroffen werden.

Paul Koch, SVP: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Die Darstellung der Klimaerwärmung des Regierungsrates ist kein Propagandatrick, wie es auf Seite 17 der heutigen Thurgauer Zeitung behauptet wird. Aber stimmt es überhaupt, dass es auf der Erde in den nächsten Jahrzehnten wärmer wird oder sind das nur Spekulationen? Gibt es im Thurgau bald nur noch Aprikosen, die mit wenig Wasser auskommen, anstelle der wasserliebenden Erdbeeren? Bis es soweit kommt, fliesst hoffentlich noch viel Wasser die Thur hinunter, welche gemäss einigen Szenarien bald schon austrocknen oder zum "Bächli" werden könnte. Klimaschutz ist eine Thematik von globaler Reichweite und für den kleinen Thurgau schwer zu beeinflussen. Gute Ratschläge erhält man vorwiegend von Personen, welche mit klimaschädigenden Langstreckenflügen zu den entlegensten Orten gelangen und dort Workshops in mit Kohlestrom klimatisierten Gebäuden abhalten und für ihre Hygiene rares Trinkwasser verbrauchen. Zum Dinner verzehren sie ein saftiges Steak vom Soja gemästeten Rind, wobei der Soja auf ehemaligem Regenwald-Boden kultiviert wurde. Gemäss diesem Stimmungsbild tickt die Welt heute. Blicke ich auf den Rest der Welt und sehe, wie die Leute in gut entwickelten Ländern im grossen Stil in kaum isolierten Häusern leben und mit viel Energie kühlen und heizen, so frage ich mich, ob es nötig ist, dass der Grosse Rat des Kantons Thurgau über das hohe Thurgauer Niveau des Klimaschutzes diskutieren muss. Will man den Zukunftsprognosen von Fachleuten und Wissenschaft glauben schenken, besteht Handlungsbedarf und wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir einen Beitrag zur positiven Klimaveränderung leisten können. Meines Erachtens sollte der kleine Thurgau genauso wie jede Kantonsrätin und jeder Kantonsrat einen Beitrag leisten, ob es jetzt tatsächlich wärmer oder kälter wird. Nützen die Massnahmen jeder einzelnen Person vielleicht nicht direkt dem Klima, so leisten sie einen Beitrag zur Förderung unseres noch intakten Lebensraumes im Thurgau. Diesbezüglich müssen wir als Vorbilder fungieren. Unser Kanton hat bereits viele positive Massnahmen eingeleitet und sich mit dem lesenswerten Grundlagenbericht "Anpassungen an die Klimaänderung im Kanton Thurgau" vom 30. April 2012 Ziele gesetzt, welche sich auch an der Strategie des Bundesrates orientieren. Im Landwirtschaftskanton Thurgau mit den vielen Intensivkulturen wird die Thematik Wasser zur Herausforde-

rung. Einerseits sollen wassersparende Bewässerungssysteme und Kulturen, welche die Trockenheit ertragen, den Wasserverbrauch reduzieren, andererseits sollen Wasserspeicher, wie beispielsweise Feucht- oder Waldgebiete, erhalten oder gefördert werden. Aber die zunehmende Bevölkerung benötigt mehr Wasser. Erwünscht ist ein sinnvoller Umgang mit Wasser. Gebietsfremde Arten, welche unseren Lebensraum, die landwirtschaftlichen Kulturen und Waldbäume schädigen, sind kaum mehr aufzuhalten. Sind diese Insekten, Pilze und Pflanzen wirklich mit der Klimaerwärmung zu uns gelangt? Wäre es nicht eher denkbar, dass die Gründe dafür beim immer häufigeren Herumtransportieren von Waren und beim Herumreisen in der ganzen Welt zu suchen sind? Die Sachlage verhält sich ähnlich wie bei den vielen anreisenden Asylbewerbern, von welchen auch nicht alle kompatibel sind. Der Kanton Thurgau ist bezüglich der Förderung erneuerbarer Energien sehr vorbildlich. Es werden pro Jahr hohe Mengen fossiler Energieträger ersetzt, womit auch der CO₂-Ausstoss reduziert wird. Dem Regierungsrat gebührt diesbezüglich ein grosses Lob. Mir als Förster und Hüter des klimafreundlichen Waldes ist jedoch aufgefallen, dass der Regierungsrat im Grundlagenbericht das Bauen mit Holz nicht thematisiert hat. Bauen mit Holz bedeutet nämlich aktiver Klimaschutz und das sollte sich sowohl der Regierungsrat, als auch die Thurgauer Bevölkerung auf die Fahne schreiben. Die Holzproduktion reinigt die Luft und produziert Sauerstoff. Der Rohstoff Holz steht vor der Haustüre, was nur wenige und kurze Transporte nötig macht. Für die Herstellung des Werkstoffes Holz wird im Vergleich sehr wenig graue Energie benötigt. Zudem ist verbautes Holz ein hoher CO₂-Speicher. Ich komme aus einer sehr klimafreundlichen Gemeinde. In meiner Wohnregion wurden schon vor Jahren die vom Regierungsrat vorgesehenen Massnahmen umgesetzt. Neben neuen Aprikosenanlagen wurden bei uns schon vor Jahren trockenresistente Reben angebaut. Im Wald pflanzten und fördern wir Traubeneichen, welche den neuen klimatischen Bedingungen Stand halten werden. Zudem wurden Feuchtgebiete und Auenwälder als Wasserreservoirs unter Schutz gestellt. Gefragt sind nun noch klimafreundliche Nachahmer.

Kern, SP: Wie die Interpellantin bereits erwähnt hat, ist der Klimawandel in der Sorgenskala der Bevölkerung auf den zehnten Platz gerutscht. Die SP-Fraktion bedankt sich deshalb für diese Diskussion, welche durch die Interpellation Hartmann angeregt wurde. Dieses Thema ist über 20 Jahre alt. Schon der Club of Rome hat dieselben Themen behandelt, über welche wir heute diskutieren. In der Schweiz und auch in anderen europäischen Ländern wurde bezüglich des Klimaschutzes viel erreicht. Lassen Sie uns beispielsweise das Waldsterben in den 1970er-/1980er-Jahren betrachten. Es wurden Luftschutzmassnahmen ergriffen und das bleifreie Benzin wurde eingeführt. Dem Waldsterben konnte Einhalt geboten werden und aktuell wird nicht mehr darüber gesprochen. Andere Probleme drängen sich auf. Der Regierungsrat hat dies in seiner Beantwortung der Interpellation klar aufgezeigt. Ein heutiges Problem stellt beispielsweise der Wassermangel dar. Seit längerer Zeit kommen auch in der Schweiz häufig trockene Sommer

vor, welche dazu führen, dass Wassermangel entsteht. Zunehmend gibt es auch Probleme mit der Luft, obwohl der Regierungsrat über die Luftreinhalteverordnung versucht, dieser Problematik Einhalt zu gebieten. Wenn nur über das Klima gesprochen wird, aber niemand persönlich aktiv wird, ändert sich nicht viel. Für ein besseres Klima kann nicht nur auf politischer Ebene gesorgt werden. Jede einzelne Person ist gefordert, einen Beitrag zu leisten. Der Regierungsrat hat sein Rezept in der Beantwortung sehr gut und klar dargelegt. Aber nicht alles liegt in den Händen des Regierungsrates. Ich fordere Sie auf, sorgfältig und sparsam mit dem Wasser umzugehen oder im Falle eines Umzugs in ein Minergie-Haus zu ziehen. Wir verfügen im Thurgau über eine sehr fortschrittliche Energiestrategie. Weiter sollte man sich für den öffentlichen Verkehr einsetzen und es gibt noch viele andere Möglichkeiten, um aktiv zu werden und den Regierungsrat zu unterstützen. Zum Artikel in der heutigen Ausgabe der Thurgauer Zeitung: Die SP-Fraktion distanziert sich klar von diesem Artikel, welcher dem Regierungsrat vorwirft, die Zahlen zu manipulieren. Unseres Erachtens gebührt dem Regierungsrat Dank, wenn der eingeschlagene Kurs bezüglich Klimaschutz weiterverfolgt wird.

Regierungsrätin **Haag**: Ich bedanke mich für die wohlwollende und anerkennende Aufnahme unserer Beantwortung. Das Anliegen ist bestimmt berechtigt, auch wenn offensichtlich ein Expertenstreit über die Klimaerwärmung im Gange ist, wie der heutigen Thurgauer Zeitung entnommen werden kann. Die Auswirkungen der Klimaerwärmung sind jedoch sicht- und spürbar. Der Regierungsrat ist bestrebt, allfällige Auswirkungen der Klimaerwärmung oder der Klimaänderung früh zu antizipieren. Gefragt ist eine äusserst langfristige Sichtweise. So muss beispielsweise heute überlegt werden, welche Baumarten mit dem veränderten Klima in 50 Jahren zurechtkommen werden. Zur Thematik Bauen mit Holz und Kantonsrat Paul Koch: Am vergangenen Montag verteilte ich 100 Flyer zum Thema Bauen mit Schweizer Holz an Gemeindeammänner. Der online abrufbare Bericht "Anpassungen an die Klimaänderung im Kanton Thurgau" aus dem Jahr 2012 zeigt, dass der Regierungsrat sich schon früher mit dem Klimawandel auseinandergesetzt hat. Im Vordergrund steht die mögliche Wasserknappheit, aber auch viele andere Lebensbereiche sind betroffen und werden thematisiert. Auch in unserer Beantwortung spielen Themen wie die Qualität des Wassers im Bodensee eine Rolle. Andererseits könnte man sich doch auch zurücklehnen und sagen, man hätte keinen grossen Einfluss auf den Klimawandel, die Chinesen würden diesbezüglich mehr erwirken können. Das stimmt jedoch nur bedingt, wie sich anhand der Luftqualität leicht feststellen lässt, die sich in den letzten 35 Jahren auch im Thurgau massiv verbessert hat. Kantonsrat Eugster betrachtet die Wirtschaft mit ihren fortschrittlichen Produkten, die zu einer verbesserten Klimabilanz einen Anteil beizutragen vermögen, als zentralen Aspekt der Klimapolitik. Dieser Ansicht schliesse ich mich an. In der Diskussion angesprochen wurden auch Extremereignisse, insbesondere Hochwasserereignisse. Gerade jetzt ist das Thema in weiten Teilen des Landes wieder aktuell. Ich erinnere an die Budget-Debatte

vom vergangen Dezember 2014, in deren Rahmen das Hochwasserprojekt Bürglen-Weinfeldern intensiv diskutiert wurde. Der Regierungsrat ist nach wie vor am Ball und möchte mit der Umsetzung beginnen. Leider liegen viele Einsprachen vor, und zwar nicht von Seiten des Heimatschutzes, sondern vielmehr von den Eigentümern und Bewirtschaftern der betroffenen Ländereien. Kantonsrätin Hartmann stellte die Frage, wie die Thematik wieder vermehrt ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden kann. Geplant ist die Veröffentlichung der Resultate des Pilotprojekts Wasserknappheit auf der Internetplattform www.hydrodaten.tg.ch. Dort werden auch die Hochwasserdaten laufend abrufbar sein. Bezüglich der Problematik Neobiota verfügt jede Gemeinde über einen Ansprechpartner. Im Verlauf des Sommers werden fünf Schulungen durchgeführt, an welchen die Gemeinden begrüsst werden. Allerlei Informationsmaterial und Publikationen sind bereits erhältlich. Geschult werden zudem Gartenbauunternehmungen und Gärtnereien, da auch dort oftmals das Bewusstsein für diese gebietsfremden Arten noch fehlt. So wird noch heute häufig die Kirschlorbeere in die Gärten gepflanzt, was nicht ideal ist. Kantonsrätin Hartmanns Aufruf zu besserer und vermehrter Kommunikation nehme ich aus dieser Diskussion als Auftrag mit.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.